

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

82 (22.4.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 22. April 1950

Nr. 82

Ostzone verschärft Kontrollen Über 20 Bürgermeister amtsentoben?

Berlin (UP). Für den Verkehr zwischen den Gebieten der Ostzone und den Westsektoren Berlins müssen — einem neuen Gesetz des Ministeriums für Innerdeutschen und Außenhandel der Ostzone zufolge — sofort Warenbegleitscheine ausgestellt werden. Der Warenverkehr auf dem Postwege soll durch die Postverwaltung der Ostzone kontrolliert werden. Vom 1. Mai an müssen für bestimmte Lebensmittel und Industriewaren, die aus der Ostzone nach dem Berliner Ostsektor transportiert werden, ebenfalls Warenbegleitscheine mitgeführt werden. Die Einhaltung dieses neuen Gesetzes soll bei der Annahme von Frachten und Gepäck kontrolliert werden.

Aus deutschen Quellen verlautet, daß in der SED gegenwärtig eine neue umfangreiche Säuberungsaktion durchgeführt werde, die sich gegen „Titlisten“ und „Opportunisten“ richtet. Im Zusammenhang mit dieser Aktion seien allein in der Provinz Mecklenburg über 20 kommunistische Bürgermeister ihrer Ämter entoben worden.

Die Belegschaften der Schächte 4 und 6 des Uranerzbergbaus in Oberschlema traten — wie der „Telegraf“ erfahren haben will — in den Streik, nachdem ein deutscher Bergarbeiter durch einen NKWD-Posten erschossen worden war. Ein sowjetischer Offizier habe daraufhin seinen Mannschaftsbefehl erteilt, die Streikenden mit Gewalt zur Arbeit anzutreiben.

„Stahlhelm“ fällt aus

Gottselben verzichtet auf Neugründung

Düsseldorf (UP). Auf Grund von Besprechungen, die zwischen einem Vertreter der Landeskommission von Nordrhein-Westfalen und dem Initiator der Stahlhelm-Neugründung, Hans-Joachim Gottselben, geführt worden sind, wird die für Ende April vorgesehene Gründungsversammlung auf der Hohenburg bei Dortmund nicht stattfinden.

Schumacher fordert Neuwahlen

Scharfe Kritik an der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung

Hannover (UP). „Es hat keinen Zweck, jetzt beim Zerbrechen und Nachlassen der Potenz der Bundesregierung in die Regierung hineinzulaufen“, rief Dr. Schumacher in einer Rede vor etwa 2500 Angestellten und Arbeitern der Stadt Hannover aus. Das deutsche Volk braucht Neuwahlen, es braucht einen neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung.“

Zu außenpolitischen Problemen überleitend wandte sich Schumacher wiederum gegen den Beitritt der Bundesregierung zum Europa-Pakt, wenn das Saargebiet gleichzeitig aufgenommen werde. „Wir wollen in Straßburg in eine europäische Gemeinschaft kommen, nicht in eine Gruppierung der Siegermächte, die Deutschland deshalb heranziehen, weil es nun einmal nicht anders geht.“ Es gebe heute die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder ein Pöfrieren der Sieger- und Besiegten-situation oder Europa. Zu einem Europa, in dem Deutschland einschließlich der Saar als wirklich gleichberechtigt leben könne, sagte der deutsche Sozialdemokrat ja.

Schumacher warnte daher, den Einspruch der Hohen Kommission gegen das Einkommensteuergesetz zu einer nationalen Frage dramatisieren zu wollen. Auf den Besuch des Bundeskanzlers in Berlin eingehend, sagte er: „Adenauer hat treuherrliche und unverbürgliche Redensarten über Zusammengehörigkeit ausgesprochen, statt die energische Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen zu erheben.“ Das Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes sei ein Versuch gewesen, einen „privaten Frieden mit unbeherrschbaren Nationalisten zusammenzuschummeln.“

Zur Arbeitslosigkeit führte Schumacher aus, daß heute vielleicht eine strukturelle Arbeitslosigkeit von 2-300 000 in der Bundesrepublik bestehen könne. Die wirklich vorhandene Erwerbslosigkeit aber könne nicht mit den unzureichenden Regierungsmaßnahmen bekämpft, sondern nur durch die Abkehr von der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre beseitigt werden.

VOM TAGE

Demonstrieren wieder aufgenommen. Die Demonstrationen am Hofhofen V in den Reichswerken Watenstedt-Salzgitter wurden wieder aufgenommen.

Harlan Verteidiger beantragt Freispruch. Im Prozeß gegen den Filmregisseur Harlan beantragte der Verteidiger, den Angeklagten von der Anklage der Beihilfe zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit freizusprechen.

Revision im Mordnacht-Prozeß. Der Oberstaatsanwalt am Landgericht München II hat als Vertreter der Anklagebehörde gegen die vom Augsburger Schwurgericht gefällten Urteile im ersten Revisionsverfahren des Penzberger Mordnachtprozesses erneut Revision beantragt.

Handelsvertrag Indien — Pakistan. Mit dem Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Indien und Pakistan ist der völlig zum Stillstand gekommene Handel zwischen den beiden Staaten wieder in Gang gebracht worden.

Noch keine Revision

McCloy über Aenderung der Besatzungskontrolle — Keine Möglichkeit einer Sicherheitsgarantie

Berlin (UP). Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy erklärte bei einer Veranstaltung im britischen Pressklub, daß eine Milderung der alliierten Besatzungskontrolle von der Entwicklung der Demokratie in Deutschland abhängt. Soviel ihm bekannt sei, würden die Außenminister auf ihrer Konferenz in London eine Revision des Besatzungsstatus für Westdeutschland nicht beraten.

Über die Entmilitarisierung Deutschlands sagte McCloy: „Meine Regierung und die anderen westlichen Alliierten haben definitiv erklärt: Wir begünstigen weder noch beabsichtigen wir die Aufstellung einer westdeutschen Armee.“ Der Hohe Kommissar gab diese Erklärung auf die Frage, ob eine westdeutsche Armee geschaffen werde, falls die Sowjets eine ostdeutsche Armee aufstellten. „Über diese Frage müßten wir nach der jeweiligen Lage der Dinge entscheiden“, betonte McCloy.

Der Hohe Kommissar sieht, wie er sagte, zur Zeit keine Möglichkeit, daß Deutschland eine Sicherheitsgarantie erhalte, wie sie der Bundeskanzler gefordert habe. Eine solche Garantie müßte auf einer Entscheidung des US-Kongresses beruhen. Das Vorhandensein alliierter Truppen in Deutschland und die Erklärungen der Westalliierten über ihre sich auf Deutschland beziehende Politik seien bereits eine Garantie dafür, daß Westdeutschland gegen einen Angriff verteidigt werden würde.

Das inoffizielle deutsche Ersuchen, die Stahlproduktionsquote zu erhöhen, werde, wie McCloy weiter feststellte, in Erwägung gezogen, sobald ein offizielles Ersuchen der Bundesregierung vorliege. Der Entwurf der Bundesregierung über ein Gesetz zur Verminderung der Einkommen- und Körperschaftsteuer sei vorläufig mißbilligt worden, weil es offenbar sei, daß dieses Gesetz „mindestens im ersten Jahr ein sehr hohes Defizit herbeiführen würde“.

Die alliierten Hohen Kommissare werden, wie McCloy weiter erklärte, zu Pängsten an-

sichtlich der Zusammenkunft von 500 000 Mitgliedern der FDJ keine Sitzung in Berlin abhalten, weil wir vollständiges Vertrauen in die Fähigkeit der alliierten Stadtkommandanten und der Stadtverwaltung setzen mit diesem Problem fertigzuwerden.“

Zum Schluß betonte der Hohe Kommissar, daß die Westalliierten nicht die Absicht hätten, Westberlin zu verlassen.

Bundeskanzler Adenauer will, wie in Bonn verlautet, die Westmächte erneut um die Zusicherungen für den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ersuchen und die Hohen Kommissare nochmals bitten, darauf hinzuwirken, daß ein deutscher Beobachter an den Beratungen des Straßburger Ministerausschusses teilnehmen kann. Ferner soll versucht werden, eine verbindliche Zusage über die provisorische Rolle der Saarverwaltung in der Europäischen Versammlung zu erhalten.

Westalliierte stimmten zu

Die Stadtkommandanten der drei westlichen Besatzungsmächte in Berlin stimmten dem Ersuchen des Berliner Stadtparlamentes und des Berliner Magistrats, um die Erlaubnis zur Abhaltung freier Wahlen in ganz Berlin zu. Jeder der Kommandanten richtete an Oberbürgermeister Reuter ein Schreiben, in dem sie ihn von diesem Beschluß in Kenntnis setzen. Eine Abschrift der Briefe wurde dem Kommandanten des russischen Sektors zugestellt.

Die Westberliner Kommandanten erklärten auf einer Pressekonferenz, daß eine sowjetische Zustimmung zur Abhaltung freier Wahlen in ganz Berlin den Weg zur Wiedervereinigung der Stadt und Erneuerung der Viermächteverwaltung ebnet würde. Generalmajor Taylor, der amerikanische Kommandant, meinte, daß der sowjetische Kommandant jetzt eine „wunderbare Chance“ habe, die Abhaltung freier Wahlen zuzustimmen. Falls er jedoch versäume, von ihr Gebrauch zu machen, sei es klar, daß die andere Seite die Spaltung der Stadt fortzuführen wünsche.

Die Lage ist ernst

Noch keine endgültige Stellungnahme zum Veto gegen Steuergesetz

Bonn (UP). Das vorläufige Veto der Hohen Kommission gegen das Einkommensteuergesetz hat, wie in der Kabinettsitzung am Freitag zum Ausdruck kam, eine ernste Lage geschaffen.

Bundespresseschef Dr. Böx wies aber in der Pressekonferenz darauf hin, daß das Kabinett eine endgültige Stellungnahme erst nach Einigung der schriftlichen Begründung der Hohen Kommissare beziehen könne.

Wenn Böx auch die Frage nach einer möglichen Demission des Bundesfinanzministers ausweichend beantwortete, so spricht das CDU-Organ „Deutschland-Union-Dienst“, das bekanntlich als ein Sprachrohr des Bundeskanzlers gewertet werden kann, doch eine deutliche Sprache, wenn es zu diesem Thema wörtlich feststellt: „Sollte die Praxis des vorläufigen Vetos Schule machen, so wäre das eine direkte Einflußnahme auf die deutsche Gesetzgebung. Sie unterscheidet sich nur in Nuancen von der Praxis in Frankfurt. Im Effekt ist es gleichgültig, ob die alliierten Forderungen vor der Verabschiedung der Gesetze durchgedrückt werden oder nachträglich.“ Der DUD schließt seine Betrachtungen mit der Feststellung: „In einem solchen Falle wären ein Parlament vom Volk gewählter Abgeordneter, der Bundesrat und die Bundesregierung überflüssig geworden.“

Wie Dr. Böx weiter mitteilte, wird der Bundestag ohne Verzögerung unterrichtet werden. Weitere Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren seien für den Anfang der nächsten Woche vorgesehen.

Wie Dr. Böx weiter bekanntgab, befalte sich das Kabinett auch mit der Frage der Einordnung der Arbeitnehmer in die Wirtschaft. Die Bundesregierung sei gewillt, den Arbeitnehmer verantwortlich in den Wirtschaftsprozess und in das Wirtschaftsleben einzuordnen. Das Ausmaß der Mitbestimmung werde je nach der Art des Gebietes (soziale, personelle, technische oder wirtschaftliche Fragen) verschieden sein.

Schäffer erklärt

Finanzminister Schäffer erklärte gegenüber einem Korrespondenten der UP zu dem viel diskutierten Einkommensteuergesetz:

„Die von der Regierung vorgeschlagene, von Bundesrat und Bundestag gebilligte Änderung des Einkommensteuer-Tarifs war die Voraussetzung für die Wirksamkeit der neuen Veranlagung zur Einkommensteuer, die nach Erstellung der DM-Eröffnungsbilanzen und der darauf folgenden Erklärungen zur Einkommensteuer im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden soll.“

Die Länder rechnen im Haushaltsjahr 1950/51 mit demselben Aufkommen an Einkommensteuer wie im Rechnungsjahr 1949/50, weil die Art der neuen Veranlagung die Ausfälle infolge der Tarifsenkung ausgleichen wird, wenn die eingesparten Steuerbeiträge nicht für Investitionen verwendet werden. Auf den Bundeshaushalt hat die Änderung der Tarife überhaupt keine unmittelbare Rückwirkung.“

Der Finanzminister wies dann darauf hin, daß die Einkommensteuersenkung Voraussetzung nicht nur für den Erfolg des Arbeitsbeschaffungsprogramms sei, sondern auch für den Erfolg des Wohnungsbauprogramms und des geplanten Lastenausgleiches. Die Folgen eines endgültigen Vetos der Hohen Kommission wären daher sehr ernst. Politische Folgen, die sich möglicherweise daraus ergäben, könnten schwerwiegend sein, zumal die Frage aufzuwerfen sei, ob das Besatzungsstatut nicht in diesem Falle stark ausgeweitet erscheine.

Ein „tödlicher Schlag“

Die Freie Demokratische Partei nimmt zu dem Veto in scharfen Worten Stellung: „Nach der Ablehnung des Besatzungsstatuts bedeutet die Ablehnung des Einkommensteuer-Gesetzes den zweiten rigorosen Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten. Wenn die Alliierten auf Wege sinnen möchten, wie man die junge deutsche Demokratie im Ansehen des Volkes diskreditieren und antidemokratische, nationalistische Tendenzen stärken könnte, dann sind sie seit Monaten auf dem richtigen Wege. Solche Schläge sind für eine junge Demokratie auf die Dauer tödlich.“

Es sei, so erklärt die FDP weiter, eine dilettantische Hoffnung, über eine Luxussteuer einen etwaigen Fehlbetrag im Haushalt von mehreren hundert Millionen decken zu können und es würde unser ganzes wirtschaftliches System unwerfen, wollten wir jetzt Zwangssparen und Zwangsinvestitionen in dieses einfügen. Die Erklärung der Freien Demokraten schließt mit den Worten:

„Bundesregierung und Bundesparlament werden überlegen müssen, welchen Sinn ihre monatelange, intensive Arbeit hat, wenn deren Ergebnis mit Argumenten zerschlagen wird, über die jeder wirkliche Kenner der Wirtschaft entsetzt ist.“

Beamt der alliierten Hohen Kommission bezeichneten die Bonner Kommentare und Erklärungen zu den vorläufigen Mißbilligungen des Besatzungs- und Einkommensteuergesetzes „als wenig günstig“. Die Form der alliierten Mißbilligung habe die Tür für gemeinsame Verhandlungen weit offen gelassen, sie verlange aber auch Verständnis auf der deutschen Seite für die alliierte Situation.

Plenum tagt am Mittwoch

Die erste Plenarsitzung des Bundestages nach den Osterferien wird am Mittwoch, den 26. April, stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Beratung von Gesetzesentwürfen über die Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und über die Unzulässigkeit von Doppelmandaten, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer, die Beratung des Ausschusses über einen Antrag der SPD zur Verlegung von Dienststellen des Bundes nach Berlin, sowie verschiedene Wirtschaftsgesetze.

Zwischen den beiden Übeln

Von Willi Schickling

Es gibt geschichtliche Situationen, in denen man von zwei Übeln nur noch das kleinere wählen kann. Vor einer solchen Situation stehen heute die westlichen Besatzungsmächte in Deutschland: sie können die Bundesrepublik schnell und vorbehaltlos in die europäische Völkergemeinschaft aufnehmen und damit die Gefahr in Kauf nehmen, die Spaltung Europas zu vertiefen. Sie können aber auch den gegenwärtigen Schwerezustand beibehalten, der zu einem Chaos führen und die Feinde der westlichen Welt zu einem Vorstoß in das machtpolitische Vakuum geradezu herausfordern kann, andererseits jedoch die Möglichkeit zu einer schließlichen Einigung über eine „Neutralisierung“ Deutschlands in sich birgt.

Beides — Handeln oder Abwarten — ist vom Übel. Solange eine wirkliche Verständigung zwischen den beiden Weltmächten ein Wahntraum bleibt, ist jede Entscheidung des Westens auf deutschem Boden, aber auch jedes „In-Schwebe-Lassen“ mit erheblichen Risiken verbunden. Wo aber liegt das kleinere Risiko?

Im Grunde genommen, drehen sich jetzt alle Deutschland-Diskussionen um diese Frage: Die Gegner einer schnellen Einverleibung der Bundesrepublik in das westliche Machtssystem beziehen ihre Argumente nicht nur aus der Vorstellung, daß damit der europäische Riß zu einer unheilbaren Wunde würde, sondern auch aus dem bekannten Mißtrauen gegen Deutschland selbst: „Die Alliierten könnten befürchten, daß sich Politik und Wirtschaft in Deutschland in einem gefährlichen Sinne entwickeln, wenn sie ihre Kontrolle schnell aufgeben“, meinte die französische Zeitung „Le Monde“. Bezeichnenderweise fügt das Blatt hinzu: „Sie könnten aber andererseits nicht weniger beunruhigende Wirkungen auslösen, wenn sie die Bremsen zu stark und zu lange anziehen.“

Die amtliche britische Reaktion auf Adenauers Berliner Reden hat inzwischen erneut deutlich werden lassen, daß Großbritannien das Tempo der deutschen „Europa-Fahrt“ zumindest abzumildern sucht. London und auch Paris haben zu verstehen gegeben, daß Bonn nicht damit rechnen kann, sofort als gleichberechtigter Partner in die westeuropäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden.

Andererseits zeigt die Art, wie sich amerikanische Regierungskreise äußerten, daß Washington gegenwärtig nur einen Weg für die Lösung des deutschen Problems sieht: Bonn muß sich nach dem Westen orientieren. Auch wenn sich die „Großen Vier“ über ein „neutrales Deutschland“ einigen würden, bestünde nur wenig Garantie, daß sich die Sowjetunion nach Abzug der Besatzungsmächte an ein getroffenes Abkommen halte.

Welche schwierigen Fragen sich im übrigen aus einer „Neutralisierung“ Deutschlands ergeben würden, deutete die schwedische Zeitung „Stockholms Tidningen“ an, als sie schrieb: „Neutralität muß bewaffnet sein. Wer aber soll diese Waffen führen?“

Die antirenden Politiker gehen an dieses Problem vorsichtig heran, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß alle Bestrebungen zur Aufnahme Deutschlands in die europäische Gemeinschaft angesichts der Machtenfaltung der Sowjetunion von strategischen Erwägungen stark mitbestimmt werden.

Das andere Extrem bilden schließlich jene politischen Kreise in den Vereinigten Staaten, die in jeder politischen oder wirtschaftlichen Wiedererstarke Deutschlands eine Gefahr sehen und die sich jetzt unter Führung des Senators Gillette zu einer massiven Gegenkampagne gesammelt haben. Gillette warnt vor einer neuen „totalitären Achse“, die sich aus der Verbindung eines wiedererstarnten Deutschland mit der Sowjetunion entwickeln könnte.

Während die amtliche westliche Politik nur zwei Übel ins Auge faßt — das Übel der Aufnahme eines halbierten Deutschlands in die europäische Völkergemeinschaft, glaubt der US-Senator ein drittes Übel zu sehen: das Bündnis zwischen Neofaschismus und Bolschewismus, das nach Ansicht Gillettes zu einer Niederlage des Westens in einem etwaigen dritten Weltkrieg führen müßte.

McCloy in München. Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy ist am Freitagabend in München eingetroffen. Er will am Samstag die ERP-Ausstellung in Passau eröffnen.

Dibelius: „Zur Abwehr entschlossen“. Der Berliner Bischof Dibelius erklärte, die Kirche in der Ostzone sei entschlossen, alle Angriffe der Kommunisten abzuwehren. Dibelius forderte die Bevölkerung der Ostzone auf, die Pfarrer in dieser schweren Zeit nicht allein zu lassen.

Churchill startet „Großangriff“

Londoner Konferenz auf 10. Mai einberufen
London (ZSH). Die Konferenz der Außenminister der drei Westmächte ist endgültig für den 10. Mai einberufen worden. Die Tagung wird drei Tage dauern. Am 15. Mai wird der Außenministerrat des Atlantikpaktes zusammentreten.

Am Montag, als letztem Tage der Budgetdebatte, wird der Führer der Opposition, Churchill, wie aus konservativen Kreisen verlautet, einen Großangriff auf das Labour-Budget führen. Die Schlußrede der Opposition hält Oliver Stanley, ein führendes Mitglied des Churchill'schen Schattenkabinetts. Wirtschaftsminister Gaitskell und Schatzkanzler Cripps werden für die Regierung sprechen.

Am kommenden Mittwoch beabsichtigen die Konservativen — wie bereits berichtet — die Vertrauensfrage in mindestens zwei Fällen zu stellen.

In amtlichen britischen Kreisen wurde die Befürchtung geäußert, daß Großbritannien gezwungen sein dürfte, Truppen aus dem Fernen Osten zurückzuschicken, um seinen Verteidigungsverpflichtungen innerhalb der Westunion nachkommen zu können. Dies würde zu einer fühlbaren Schwächung der militärischen Stärke Großbritanniens in Südostasien führen, falls sich nicht andere Commonwealth-Länder bereit finden werden, mit Großbritannien die Lasten im Fernen Osten zu teilen.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums teilte mit, daß die britische Regierung Maßnahmen zur Herabsetzung der Besatzungskosten in Österreich erwäge.

Im Londoner Streik legten weitere Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Zur Zeit stehen 8000 Arbeiter im Ausstand.

Kremel will Einigung verhindern

Westmächte zu den Moskauer Triest-Noten
London (ZSH). Die britische Regierung prüft zur Zeit die an die Westmächte gerichtete russische Note, in der Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Freistaat Triest gefordert wird.

In der Note, die dem britischen, französischen und wie bereits berichtet — amerikanischen Vertreter überreicht wurde, beschuldigt die Sowjetregierung die Westmächte, sie hätten ihre im Friedensvertrag mit Italien übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt und Triest in einen Armee- und Flottenstützpunkt verwandelt.

In Washington diplomatischen Kreisen wird der sowjetische Protest als eine neue Phase in den „Angriffen“ des Kalten Krieges gegenüber den Westmächten angesehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die amerikanischen und britischen Truppen nur vorübergehend in Triest stationiert seien, und sofort zurückgezogen würden, sobald es zu einer Einigung zwischen Jugoslawien und Italien in der Triest-Frage gekommen sei.

In Paris wird der Sinn der sowjetischen Note darin gesehen, daß die Sowjetunion jeder Versuch einer direkten Verständigung über Triest zwischen Italien und Jugoslawien verhindern wolle. Dasselbe Meinung wird auch in jugoslawischen politischen Kreisen zum Ausdruck gebracht.

In Rom dürfte sich die Triest-Debatte zu einer allgemeinen großen Diskussion der italienischen Außenpolitik entwickeln. Sie steht im Schatten von Presseberichten aus Washington, wonach die Westmächte mit der Erfüllung ihres Versprechens in der Triest-Frage zurückbleiben, da sie sich um Titos Gunst bemühen.

Ohne Zwischenfälle entladen. Die Entladung des norwegischen Dampfers „Mormacdale“, der die erste US-Waffenhilfeleistung in den Hafen von Oslo brachte, erfolgte ohne Zwischenfälle.

Einigung Bergman — Lindstrom. Dr. Peter Lindstrom teilt mit seiner geschiedenen Frau Ingrid Bergman die Vormundschaft über ihre Tochter Pia und will ihr das Kind überlassen, wenn sie in die Vereinigten Staaten zurückkehrt.

„US-Bomber feuerte zuerst“

Sowjets beharren auf ihrer Darstellung des Luftwiderstandes

Moskau (UP). In einer Antwortnote auf den amerikanischen Protest bescheid die Sowjetunion darauf, daß es ein amerikanisches Flugzeug gewesen sei, das beim „Gefecht über der Ostsee bei Libau“ am 8. April als erstes das Feuer auf sowjetische Jäger eröffnet habe.

In der sowjetischen Note, die dem amerikanischen Botschafter Kirk vom sowjetischen Außenminister Wjatschinski ausgehändigt wurde, heißt es unter anderem:

„Wie bereits in der Note der sowjetischen Regierung vom 11. April gesagt wurde, war das amerikanische Flugzeug, das südlich Libau die sowjetische Grenze verletzte, ein viermotoriges Militärflugzeug B 29 „Fliegende Festung“, das es nicht nur unterließ, der Forderung der sowjetischen Jagdflugzeuge, ihnen zu folgen und auf einem sowjetischen Flugplatz zu landen, Folge zu leisten, sondern auch das Feuer auf die sowjetischen Flugzeuge eröffnete. Nachdem das erste sowjetische Jagdflugzeug gezwungen gewesen war, das Feuer zu erwidern, drehte das amerikanische Flugzeug in Richtung auf die See ab und verschwand. Im Licht dieser Tatsachen kann die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten als nichts anderes angesehen werden, als ein Versuch, die Verantwortlichkeit für eine grobe Verletzung des Völkerrechts von sich abzuschießen.“

„Schießbefehl“ des Kremis?

Nach Angaben eines langjährigen Korrespondenten der Augsburger „Schwäbischen Landeszeitung“ soll der Inlanddienst des Moskauer Senders verbreitet haben, in den letzten Monaten hätten „zahlreiche Flugzeuge unbekannter Nationalität, aber unverkennbar amerikanischer Bauart“ immer wieder versucht,

in sowjetischen Grenzgebieten im Westen, in Zentralasien, in der Arktis und an den Küsten des Stillen Ozeans Serienaufnahmen der Befestigungsanlagen, Industriewerke, Eisenbahnen und Häfen zu machen. Der Vorfall von Libau habe gezeigt, daß die Amerikaner dabei selbst vor „verbrecherischen Überfällen“ nicht zurückschreckten.

In diesem Zusammenhang soll Radio Moskau einen vor kurzem erlassenen Tagesbefehl des Oberkommandos der sowjetischen Luftverteidigung an alle Jagdverbände und Flak-Regimenter zitiert haben, in dem diese aufgefordert werden, auf alle nicht vorher gemeldeten ausländischen Flugzeuge, die den Versuch unternehmen, die Sowjetgrenze zu überfliegen und nach zweimaliger Aufforderung nicht landen, unverzüglich das Feuer zu eröffnen.

Im übrigen habe Radio Moskau jetzt auch das Geheimnis um die von der „Prawda“ bekanntgegebene Auszeichnung sowjetischer Fliegeroffiziere mit dem Orden der „Roten Fahne“, gelüftet. Aus der Sendung sei hervorgegangen, daß es sich bei dem im Ukas des Obersten Sowjets an erster Stelle genannten Oberleutnant Gerassimow um den Kommandeur der Fliegerstaffel handele, die bei dem Zwischenfall von Libau „den amerikanischen Angriff abwehrte“.

Keine B 29 über der Ostsee

Die dritte amerikanische Luftdivision, der alle „Superfestungen“ im europäischen Bereich unterstehen, stellte, wie aus London verlautet, fest, eine eingehende Untersuchung habe ergeben, daß sich am 8. April keine „Superfestung“ über sowjetischem Gebiet oder über der Ostsee befunden habe.

Doch Auslandskapital?

Vor Aufhebung des Investitionsverbots

Washington (UP). Amerikanische Wirtschaftsexperten kündigten an, daß „innerhalb weniger Wochen“ das noch bestehende Verbot von ausländischen Kapitalinvestitionen in Deutschland aufgehoben werden dürfte.

Sie fügten jedoch gleichzeitig hinzu, es sei nicht zu erwarten, daß unmittelbar danach ein riesiger Kapitalstrom nach Westdeutschland einsetzen werde, da man sowohl in den USA als auch in anderen Staaten nur mit äußerster Vorsicht daran gehe, Kapital nach Deutschland zu lenken.

In Washington weilende deutsche Wissenschaftler erinnern daran, daß ähnliche Berichte in den letzten Jahren schon einige Male in Umlauf kamen, daß jedoch stets in letzter Minute auftretende Schwierigkeiten dafür gesorgt hatten, eine wirkliche Entscheidung hinauszuzögern.

Aus Kreisen des US-Außenministeriums verlautet jedoch, daß die Frage der Investierung ausländischen Kapitals in Deutschland von den zuständigen Regierungsstellen mittlerweile erschöpfend behandelt worden sei. Es könne daher erwartet werden, daß die alliierte Hohe Kommission „in Kürze“ einen diesbezüglichen Beschluß verkünden werde.

In anderen Wirtschaftskreisen der USA wird die Ansicht vertreten, daß die Aufhebung der Blockierung ausländischer Guthaben in Deutschland auf die deutsche Wirtschaft eine bedeutendere Wirkung ausüben würde als die Aufhebung des Investitionsverbotes. Durch eine Freigabe ausländischer Konten würde sich das Arbeitskapital in Deutschland vermehren, das für innerstaatliche Entwicklungsprojekte dringend benötigt werde. Es sei jedoch möglich, daß gerade dieses Problem noch viel komplizierter sei als das der Kapitalinvestitionen.

Acheson: Keine Kriegsgefahr
Außenminister Acheson sagte auf seiner

Pressekonferenz, daß er in der laufenden Serie der sowjetischen Handlungen keine Kriegsgefahr erblicke. Die Lage sei aber ernst. Er erklärte, nach den letzten Aktionen der Sowjetunion bestehe kein Zweifel darüber, daß Moskau „Friedensbestrebungen“ nicht ernst gemeint seien. Das Ziel der Sowjetunion bestehe darin, gleichzeitig an vielen Stellen der Welt Unruhe hervorzurufen.

Acheson sprach sich ferner gegen eine Unterbrechung der amerikanischen Deutschland-Politik durch den Kongreß aus, da sie nach seiner Ansicht nur eine Erschwerung der Aufgaben des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy zur Folge haben würde.

Das Repräsentantenhaus billigte einstimmig — mit 330 Stimmen — eine Entschlüsselung, wonach den zehn amerikanischen Fliegern, die beim Zwischenfall über der Ostsee den Tod fanden, Auszeichnungen verliehen werden sollen.

100 Millionen für Spanien?

Im Verlauf der Aussprache über die Auslandshilfe im US-Senat brachten der demokratische Senator McCarran und der republikanische Senator Brewster einen gemeinsamen Antrag ein, der im Rahmen der Europahilfe eine 100 Millionen Dollar-Anleihe für Spanien vorsieht. Die Zusatzanträge für die Europahilfe werden erst nach einigen Tagen zur Aussprache kommen.

24 Jahre Gefängnis für Graniani beantragt.
Im Prozeß gegen den ehemaligen italienischen Marschall R. Graniani forderte die Anklage den Angeklagten zu 24 Jahren Gefängnis zu verurteilen.

Kardinal Mindszenty in Budapest. Ein hoher katholischer Geistlicher aus Ungarn erklärte, daß Kardinal Mindszenty sich in einem Budapest-Gefängnis auf dem Ostufer der Donau befinde.

Siegesstimmung auf Hainan

Die Invasionstruppen ergaben sich

Hongkong (UP). Die restlichen 8000 Mann chinesisch-kommunistischer Truppen, die sich noch auf Brückenköpfen der Insel Hainan gehalten hatten, ergaben sich, wie von nationalchinesischer Seite berichtet wird, am Freitag, dem fünften Tage der Invasion. Unter den Bewohnern der Insel soll Feststimmung herrschen. Parteigänger der Formosa-Regierung feiern den Sieg über die Angreifer mit Feuerwerk und Gesängen.

Der Erfolg der nationalchinesischen Abwehr auf Hainan, wird, wenn nicht alles trügt, die chinesischen Kommunisten nicht davon abhalten, ihre Bemühungen zur Eroberung der Insel fortzusetzen. Die Eroberung dieses Stützpunktes wäre für sie ein großer Schritt vorwärts um die nationalchinesische Blockade der Festlandsküste zu brechen. Diese erstreckt sich von den Tschusan-Inseln im Norden entlang Formosa bis zur Insel Hainan im Süden. Die See- und Luftstreitkräfte Tschiangkai-scheks haben sich auf Hainan eine starke Basis für ihre Blockade geschaffen. Bezeichnenderweise erklären die Anhänger Maos in diesem Zusammenhang, daß die „Befreiung Hainans“ auch für Großbritannien von Vorteil sei, da sie bei der Brechung der auch den englischen Handel schädigenden Blockade mithelfe. Für Indochina würde die Eroberung Hainans durch die Kommunisten eine Gefahr bedeuten, da dort starke Invasionsstreitkräfte konzentriert werden könnten.

Mit „Tatra“ über den Grenzbach

Tschechischer Major floh nach Deutschland

Haidmühle (UP). Einem tschechischen Major gelang es, bei Auerspergert über die tschechisch-bayrische Grenze zu entkommen. Am helllichten Tag fuhr er mit einem neuen sechsseitigen Tatra-Wagen über den schmalen Grenzbach, blieb jedoch auf bayerischem Boden im Schnee stecken. Die deutsche Grenzpolizei half ihm weiter und brachte den Wagen in Sicherheit. Er erklärte, daß auch noch andere tschechische Offiziere an der Flucht beteiligt gewesen seien, jedoch vor der Grenze aufgegeben hätten. Kurz darauf suchten tschechische Streifen das Gelände entlang der Grenze ab.

Der letzte kritische Punkt

Belgische Einigung mit Hadersleben

Brüssel (ZSH). Der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte belgische Außenminister van Zeeland erklärte im Anschluß an eine neue Sitzung führender Mitglieder der drei größten Parteien, man sei immer noch bemüht, die einzige noch bestehende Meinungsverschiedenheit über die Rückkehr des Königs auf den Thron zu beseitigen. Dieser Punkt, der noch geregelt werden müsse, sei die Frage, ob König Leopold während der Regentschaft des Kronprinzen Baudouin in Belgien oder im Ausland leben sollte.

Für 60 Pfund Kaffee in den Tod

Zollbeamter kontra Schmuggler

Aachen (UP). In der Nähe von Röttgen wurde ein 21 Jahre alter Schmuggler von einem Zollbeamten erschossen. Der Zollbeamte, der den Mann mit seiner Pistole in Schach halten wollte, machte im Handgemenge von seiner Waffe Gebrauch und traf die Halsschlagader. Wenige Augenblicke später war der Schmuggler tot. In der Nähe wurden zwei kleine Säcke mit je 30 Pfund Kaffee gefunden.

Prinzessin Elisabeth 24 Jahre alt. Mit Salutgeschüssen grüßten die in Malta liegenden Kriegsschiffe die Herzogin Prinzessin Elisabeth von England, die unter Teilnahme ganz Maltsas ihren 24. Geburtstag feierte.



Mittleren Sternen
Roman von Lola Jost

Copyright by Münchner Roman-Verlag
München-Pasing

1. Fortsetzung Nachdruck verboten

Wie er in das Haus kam, wußte Peter nicht, denn er hatte zu viel getrunken. Aber er hatte ein Mädchen, das wurde heute seine Braut. Das wußte er. Dann schlief er lächelnd ein.

Maria lag noch lange wach. Ihr war so wirt im Kopf.

Was hatte er alles gesagt, der Fremde, nachdem sie allein bei ihm im Wagen saß? Er habe sie — Liebe auf den ersten Blick — eine schöne Existenz — Frau Rechtsanwältin — zu schade für das Land — — — zu schön für einen Bauernbuben — — —

Und die Küsse auf Stirne, Augen und Mund, heute an ihrem Verlobungstag. Schämte sollte sie sich! Schämte, weshalb denn? War nicht alles Wahrheit, was er sagte? Und fremd war er ihr nicht mehr, sie wußte viel von ihm, er hatte ihr viel erzählt. War er ein Schurke, weil er sie liebte? Nicht überlegt hätte sie, sich so schnell gebunden, sagte er. Hatte er recht? Was war nur mit ihr los? Wenn sie an Peter dachte, sah sie das andere Gesicht und seine weiche Stimme klang ihr in den Ohren. „Laß ihn den Mädchen hier, Maria, geh du mit mir.“

Doch so etwas, wie mit dem Feuer spielen, hat sie schon gehört.

Mit dem Gedanken schlief sie ein.

Die Tante selbst war es, die es Maria unbewußt möglich machte, den Rechtsanwalt Dr. Herbert Embach wieder zu sehen.

„Mädel, es ist so schön, geh zum Baden, wir brauchen dich nicht. Es geht schon so auch. Mußt ja so bald zurück ins Forsthaus, und bei der Mutter heißt es arbeiten, Maria, das weißt.“

Anna Kogler hing mit großer Liebe an ihrer Nichte Maria.

So fuhr Maria hinüber ins schöne Bad am Rießersee.

Kaum hatte sie sich einen Platz gesucht und es sich gemütlich gemacht, als Herbert Embach zu ihr trat.

„Darf man sich zu Ihnen setzen?“

„Bitte, das Bad ist öffentlich, da können Sie sich hinsetzen, wo Sie wollen.“

„So sollen Sie nicht reden.“ Er setzte sich zu ihr und stieß voll Freude hervor: „Nun bist du doch gekommen, Maria, ich habe es ja gewußt. Weißt du noch, daß ich dich gestern gefragt habe, ob ich dich abholen darf? Du hast nein gesagt, aber ich wußte, daß es nicht dein Ernst war. Du selbst wollest mich wiedersehen, und ich freue mich sehr darüber. Ich habe viel an dich gedacht den ganzen Vormittag. Du mußt ja kommen, es konnte gar nicht anders sein.“

Maria zog den Bademantel über die Schultern. Sie fühlte, daß er sie ansah und genierte sich. Ihr hellblauer, von der Tante selbstgestrickter Badeanzug saß knapp und brachte die mittelgroße, gut proportionierte Figur und die etwas gebräunte, glatte Haut ihres Körpers äußerst vorteilhaft zur Geltung.

„Ich wollte nicht kommen, bestimmt wollte ich nicht kommen“, sagte sie, „die Tante hat mich fortgeschickt, weil es so heiß war. Und bitte, vergessen Sie das von gestern abend. Ich weiß nicht, wie es gekommen ist, ich hatte schließlich zu viel getrunken. Wir können nicht vermeiden, daß wir uns schließlich einmal

sehen, solange Sie und ich noch hier sind. Doch nur als Bekannte; Sie wissen ja, ich bin verlobt.“

Herbert Embach saß da mit gekreuzten Beinen wie ein Türke und hatte auch in seinem Gesicht den Ausdruck eines Kalifen, als er nun leise zu Maria sprach: „Maria, ich sage dir etwas. Du bist in meinen Augen nicht verlobt — wenn aber, dann bist du es mit mir. Denn ein Mädchen, ein anständiges Mädchen läßt sich von einem anderen Mann nicht so küssen, wie du dich gestern von mir küssen ließt, wenn es verlobt ist. So jung bist du nicht mehr, daß du das nicht wüßtest, ja? Sag diesem Peter Brunner wie er daran ist Oder soll ich es ihm sagen?“

Maria konnte momentan nichts darauf erwidern. Sie war so beschämt, so vor den Kopf gestoßen, daß ihr zumute war, als würde sie jeden Augenblick ohnmächtig werden. So weit mußte es kommen, daß ihr ein Mann sagen mußte, daß sie nicht anständig handelte, daß sie eine Verräterin war. Sie war so verwirrt, daß sie nicht ein, noch aus wußte. Doch eines fühlte sie stärker als zuvor: Sie liebte diesen Menschen neben ihr, der den Mut hatte, sie zu rügen. Ohne zu wissen warum und wofür, gab sie ihm die Hand — um sie im nächsten Moment zurückzuziehen. Doch er hatte sie fest zwischen seinen beiden kraftvollen Händen. Er wußte nicht, daß Marias Kopf wie ausgehöhlt war, daß sie ihm die Hand gab, ohne etwas dabei zu denken. Er sah darin ein stilles Einverständnis.

Maria war kreideweiß im Gesicht und hatte Mühe, ein Weinen zu unterdrücken. Seine letzte Frage hatte sie tief berührt.

„Nun, Maria?“

„Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, daß Sie mit Peter reden wollen. Tun Sie das nicht, um Gottes willen, tun Sie das nicht! Ich weiß selbst nicht wie das geht, ich hab euch beide lieb, ja, alle zwei lieb ich auch! Nun weißt du

es — nun wissen Sie es! Aber eines möcht ich noch — tun zu meiner Rechtfertigung. Ich wollte mich nicht küssen lassen, doch Sie haben mich so fest gepackt, ich konnte mich nicht wehren. Bitte, glauben Sie mir das!“

Spontan und voll Leidenschaft brach es aus dem jungen Mädchen.

Was war das nun wieder? Herbert Embach tat sie leid. Es lag so etwas Rührendes in ihrem Geständnis und doch so viel Tragik.

In seiner Hand lag es nun, dem Ganzen seine Tragik zu nehmen. Es sah so aus, als wäre er bestimmt, das Leben dieses Mädels zu formen, ihm Glück oder Unglück zu sein. Wenn er von hier fortfahren würde und nie mehr etwas von sich hören ließe, wäre alle Tragik zu Ende. Das Mädchen würde ihn wohl für einen Schürzenjäger halten, ihn vergessen, den Peter heiraten. Kinder kriegen und glücklich sein.

Kinder kriegen und glücklich sein, ja, das könnten aber doch sie beide ebenso. Warum soll denn das ausgerechnet der Peter sein? Der kriegt noch andere auch. Und ich wohl nicht! Habe ich nicht auf all meinen Reisen Frauen kennen gelernt, reiche Frauen, schöne Frauen. Wenn er nur an die entzückende Frankfurterin dachte, die so schrecklich weinte, als er auf der Insel Rab von ihr ging. Oder an Gertrud... Man sagt, niemand sterbe an gebrochenem Herzen. Sie aber starb daran.

Und dieses Mädchen, das keine Dame war und keine Schönheit in seinem Sinne, das ausgerechnet wollte er zur Frau. Ja, ausgerechnet das!

Neuzugewommene Badegäste legten sich in die Nähe der beiden, so sprachen sie nur mehr Belangloses.

„Gehen Sie ins Wasser, Fräulein Maria!“

„Ja, eine Abkühlung könnte nicht schaden.“ Sie hatte sich wieder etwas gefaßt und lachte ihm zu. Doch das tat sie mehr wegen der Leute.

(Fortsetzung folgt.)

Südwestdeutsche Nachrichten

Dreimal Tod durch Strang beantragt

Vor dem Urteil im Prager Hochverratsprozess Prag (UP). Im Prager Prozess gegen die sechs tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die des Hochverrats und der Spionage zugunsten der Vereinigten Staaten beschuldigt werden, forderte der Anklagevertreter, die Angeklagten Mechansky, Wahl und Spreyl zum Tode durch den Strang zu verurteilen.

In Zdar (Saarstadt, an der böhmisch-mährischen Grenze) begann ein Prozess gegen 15 „Terroristen“, die beschuldigt werden, einen kommunistischen Funktionär überfallen, anderen Kommunisten Drohbriefe übersandt und illegale Flugblätter verteilt zu haben.

In einer zweiten amerikanischen Protestnote an die tschechoslowakische Regierung (in der ersten Note wurde gegen die Schließung des amerikanischen Informationsdienstes in Prag protestiert) wurde die tschechoslowakische Geheimpolizei beschuldigt, die persönlichen Beziehungen zwischen einer Amerikanerin, die als Botschaftstacth in Prag tätig war, und einem tschechoslowakischen Angestellten des US-Informationsdienstes zur Ausübung eines politischen Druckes auf die Amerikanerin benutzt zu haben.

Die Tschechoslowakei ist, wie aus Prag amtlich verlautet, aus der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen ausgetreten.

Rom feierte 2703. Geburtstag

Festakt auf dem kapitolinischen Hügel Rom (UP). Die ewige Stadt Rom feierte am Freitag, den 21. April, den 2703. Geburtstag. In der historischen Halle der Horatier und Curatier auf dem kapitolinischen Hügel, in der Nähe der Stelle, an der Remus im Jahre 753 v. Chr. die Grenze bezeichnete, fand eine Feier statt. Professor Bartoli würdigte die heidnische und christliche Vergangenheit Roms, die auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit beruhe.

Räuber stahlen Lokomotive

Einbruch in eine Modelleisenbahnschau Opladen (UP). Einige anscheinend angegründete Männer drangen nachts in die große Modelleisenbahnschau ein, die sich zur Zeit in Opladen befindet. Die Eindringlinge spielten einige Stunden lang mit der Modelleisenbahn und ließen Züge zusammenstoßen und entgleisen. Nachdem durch den Ausfall des beschädigten Transformators der Bahnbetrieb zwangsweise eingestellt werden mußte, entfernten sich die seltsamen Modellbahnliebhaber unter Mitnahme einer Schnellzuglokomotive sowie einiger Personen- und Güterwagen.

Riesige Uranlager in England?

Atomwissenschaftler zur Prüfung eingesetzt London (UP). Zur Zeit prüfen Atomwissenschaftler die Theorie des 27 Jahre alten Geologen Jan Ford, wonach sich zwischen Bath und Bristol das größte Uranerzlager der Welt befindet. Nach Ansicht Fords liegen die Uranerze etwa 1500 bis 3000 Meter unter der Erdoberfläche und erstrecken sich über etwa 20 Kilometer. Ford macht darauf aufmerksam, daß die heißen Quellen von Bath stark emanationhaltig sind. Emanation ist ein Zerfallsprodukt von Radium.

Die Sprachfrage im Elsaß

Straßburg (BD). In der Frage des Deutschunterrichts in elsassischen und lothringischen Schulen hat der französische Erziehungsminister nach einer Demarche des unterelassischen Generalrats erwidert, daß das Problem nicht getrennt nach Departements, sondern einheitlich für das ganze Elsaß und den deutschsprachigen Teil Lothringens geregelt werden müsse. Es sei deshalb erforderlich, daß einheitliche Vorschläge dieser Gebiete gemacht werden müßten. Der unterelassische Generalrat hat schon vor zwei Jahren die Wieder Einführung des Deutschunterrichts in den Volksschulen gefordert und auch der Straßburger Gemeinderat hat sich bereits vor einiger Zeit in ähnlichem Sinne geäußert. Im Oberelsaß ist man demgegenüber der Meinung, daß sich das Einschreibensystem nach der Befreiung äußerst positiv ausgewirkt hat. Man hat deshalb vorläufig noch nicht die Absicht, sich an der unterelassischen Aktion zu beteiligen, und es ist sehr fraglich, wie die vom Erziehungsminister geforderten gemeinsamen Vorschläge zustandekommen sollen.

Christentum und Arbeiterschaft

Das Männerwerk der Evang. Landeskirche Badens führt im Diakonissenhaus in Karlsruhe-Ruppurr am 29. und 30. April eine Veranstaltung durch, bei der vornehmlich sozialpolitische Fragen von der christlichen Sicht her behandelt werden. Der Leiter der Bundesschule Rheinfelden des ADGB spricht über „Der Klassenkampf und die Gemeinschaft der Christen“, Betriebsrat Henrich über „Der evangelische Arbeiter in der Solidarität seines Standes“. In einem weiteren Vortrag behandelt Dr. Traphagen das Thema „Materialismus und Idealismus“. An die Vorträge schließt sich jeweils eine Ansprache an. Ferner ist ein Rundgespräch über das Thema „Unser Glaube in der industriellen Arbeitswelt“ vorgesehen. Die Teilnehmer sind Gäste des Männerwerks, so daß ihnen keine Unkosten entstehen.

Achtzehnjähriger Verbrecher verhaftet

Karlsruhe (UP). Ein 18-jähriger Verbrecher, der in den letzten Monaten in Karlsruhe eine größere Anzahl von Frauen überfallen hatte, wurde jetzt verhaftet. Der Bursche hielt sich in verschiedenen Park- und Waldanlagen der Stadt auf, wo er häufig alleingehenden Frauen auflauerte.

Um das Heidelberger Theater

Heidelberg. Die vom Stadtrat zur Aufrechterhaltung des vollen Theaterbetriebes beschlossene Kinosteuer ist von der württembergisch-badischen Staatsregierung nicht genehmigt worden. Damit sind die Bemühungen des Stadtrates, die Finanzierung des Theaters sicher zu stellen, auf den Stand vom vergangenen Dezember zurückgeworfen. Es verlautet nun, daß man den Schwierigkeiten durch Abbau des Schauspiels entgegenzutreten will.

Heidelberger Garderobensarder verurteilt

Heidelberg. Der Dieb, der sich im vergangenen Jahr auf die Beraubung unbewachter Garderoben in zahlreichen Privathäusern spezialisiert hatte und damit die ganze Stadt beunruhigte, hatte sich vor Gericht zu verantworten. Innerhalb eines Vierteljahres hatte er es auf 50 Einbruchsdiebstähle gebracht. Johann Meixner ist ein Gewohnheitsdieb, der nunmehr wegen einfachen und schweren Diebstahls auf vier Jahre ins Zuchthaus wandert und anschließend in Sicherungsverwahrung genommen wird.

Einbrecherbande unschädlich gemacht

Mannheim. Die Kriminalpolizei konnte nach umfassender Kleinarbeit eine Einbrecherbande festnehmen, der bis jetzt 20 Einbrüche nachgewiesen werden konnten, darunter zahlreiche Beraubungen parkender Kraftwagen. Ein Teil des Diebesguts ist sichergestellt.

Evangelische Jugend und Totogelder

Freiburg (CND). Zu der kürzlich in Presse und Rundfunk verbreiteten Meldung, die evangelische Jugend Südbadens habe auf die Annahme von Geldern aus dem Gewinn des Sporttotos verzichtet, wird dem CND von zuständigen evangelischen Stellen folgende Begründung mitgeteilt: „Die Einrichtung des Sporttotos zerstört nach unserem Empfinden das Sporthos, weil es sportliche Erziehung und Freude mit einem Geldgeschäft koppelt. Der Gedanke, spielend und ohne Mühe zu Geld zu kommen, untergräbt das unserem Volk heute so notwendige Berufsethos und verschließt unserer Jugend die Augen für die Notwendigkeit von Fleiß und Sparsamkeit, die doch die ersten Voraussetzungen für einen gesunden Wiederaufbau in wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Hinsicht sind“. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß durch die Ausschüttung von Totogeldern an die Sport- und Jugendverbände ein „ethisch anfechtbares Unternehmen“ nicht gerechtfertigt werde.

Stand der Löhne in Südbaden

Freiburg. Die Entwicklung der Löhne in Südbaden ergibt nach Feststellungen der Direktion Arbeit folgendes Bild: Die Tariflöhne sind seit der Währungsreform durchschnittlich um 50 bis 60% erhöht worden. Die tatsächlichen, d. h. übertariflichen Löhne, die in der ersten Zeit nach der Währungsreform zum Teil stark überhöht waren, wurden ab Beginn der wirtschaft-

lichen Krise langsam aber stetig den inzwischen vereinbarten neuen Tariflöhnen angepaßt. Der Reallohn, d. h. der dem Arbeitnehmer verbundene Nettolohn ist auf etwa 70% des Reallohns der Vorkriegszeit zu bemessen, also heute immer noch rund ein Viertel niedriger als in der Vorkriegszeit.

Holzeinschlagprogramm für 1950/51

Freiburg. Das Holzeinschlagprogramm für Südbaden, das im Forstwirtschaftsjahr 1950 1.810.000 Festmeter betrug, wurde für 1951 auf 1.720.000 Festmeter herabgesetzt.

Wehr wird Stadt

Wehr (BD). Im Einvernehmen mit der badischen Landesregierung sind die Feierlichkeiten der Stadtneugründung von Wehr für den 9. und 10. Juni vorgesehen. Staatspräsident Wobbe und Innenminister Schäffly haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

In der Kurve zusammengestoßen

Tübingen (SWK). In einer etwas unübersichtlichen Kurve stießen hier zwei Motorräder zusammen. Eine Beifahrerin wurde auf der Stelle getötet, während die beiden Fahrer mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Toisesager aus Sibirien heimgekehrt

Konstanz (SWK). Vor einigen Tagen kehrte der Konstanzener Konrad Schupp aus sibirischer Gefangenschaft zurück. Auf Grund einer Heimkehrernachricht war er bereits vor Jahren amtlich für tot erklärt worden. Er war einer von jenen russischen Strafgefangenen, die zu Zwangsarbeit verurteilt und dann amnestiert worden waren.

Belastungsprobe für Kanalhafenbrücke

R. Heilbronn. Die neue Heilbronner Kanalhafenbrücke wurde jetzt einer Belastungsprobe unterzogen. Ein enormes Aufgebau der Feuerwehr bis zum Latrinensauto, Dampfwalzen und Straßenbahnen konzentrierte sich auf einer Brückenhälfte und drückte mit 625 Tonnen gegen die neue Pfeilerlose Konstruktion. Die Brücke wich elastisch um 12 Millimeter nach unten, wie es berechnet war. Auch die Widerlager reagierten vollkommen normal auf den ungeheuren Druck. Nach Fertigstellung der Anschlußstraßen und der Oberfläche soll am 12. Mai die offizielle Verkehrsübergabe der Brücke erfolgen.

Fünf Opfer von Luftangriffen ausgegraben

R. Heilbronn. Aus einem Keller in der Nähe des Götzenturmes wurden bei Aufräumarbeiten die Gebeine von fünf Menschen gefunden, die beim Angriff auf Heilbronn verschüttet wurden. Die bei den Leichenresten entdeckten Papiere werden gegenwärtig wieder leserlich gemacht. Aus dem betreffenden Altstadtdistrict werden insgesamt noch 18 Personen vermißt.

Mit falschem Namen geheiratet

S. Ulm. Die polizeilichen Ermittlungen gegen den bisherigen Ulmer Flüchtlingskommissar Eckert, alias Baeran, zeigen, wie berechtigt die Vorwürfe waren, die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhoben wurden. So wird berichtet, daß Baeran Mitglied der NSDAP war und daß er nach dem Einmarsch der Alliierten verhaftet und in ein Gefängnis gebracht worden war, aus dem er wenig später entflohen ist. Als Baeran dann schließlich nach Ulm gekommen war, behielt er den von ihm angenommenen falschen Namen Dr. Eckert bei, wurde zum Flüchtlingskommissar berufen und führte unter diesem Namen jahrelang sein Amt. Unter dem angenommenen Namen heiratete er schließlich auch. Darüber hinaus soll Baeran geschieden gewesen sein und gegenwärtig wird untersucht, ob er dies bei seiner zweiten Eheschließung verschwiegen hat.

Wieder Freilichtspiele in Hirsau

Hirsau (hpö). „Zu Hirsau bei dem Abte“ ist der Titel eines Spiels, das als Freilichtveranstaltung in diesem Sommer aufgeführt werden soll und den zahlreich erwarteten Besuchern die Geschichte des 1100-jährigen Klosters näher bringen wird.

Neues Verfahren gegen Ströle?

Eine Forderung des Schacht-Verteidigers

Stuttgart (UP). Rechtsanwalt Dr. Schwamberger, der Verteidiger von Schacht, beantragt, gegen den Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft in dem Ermittlungsverfahren gegen den Ministerialrat Ströle Einspruch zu erheben. Schwamberger hatte Ströle beschuldigt, sich in den Verhandlungen über einen Vergleich zwischen Schacht und dem württembergisch-badischen Ministerium für politische Befreiung der Rechtsbeugung und Nötigung schuldig gemacht zu haben. Er will gegebenenfalls das Oberlandesgericht um eine richterliche Entscheidung bitten und ein Klage-Erzwingungsverfahren einleiten, um die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage gegen Ströle zu veranlassen.

Keine Aussicht auf Kompromiß

Stuttgart (ZSH). Landtagspräsident Kell erklärte vor der Presse, der württembergische Landtag sei bestrebt, die Beratung des Haushaltsplanes für 1951 bis Ende Juni zum Abschluß zu bringen.

Zur Diskussion über das Wahlrecht äußerte der Landtagspräsident, daß es noch nicht gelungen sei, die CDU zu einem Kompromiß zu bewegen. Falls diese starr am sogenannten Mehrheitswahlrecht festhalte, bestehe keine große Aussicht, eine Mehrheit für die Verfassungsänderung zu bekommen. Dann sei aber auch die von den anderen Regierungsparteien erstrebte Verbesserung des Wahlrechts unmöglich.

Sowohl bei der Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden als auch bei der Schaffung des Südweststaates werden nach Ansicht Kells nicht leicht zu lösende Probleme entstehen, die in der Neuordnung der Besatzungsgrenzen begründet sind. Wie Kell weiter erklärte, könnten die derzeitigen Zonengrenzen im südwestdeutschen Raum nach einer erfolgten Neuordnung der Ländergrenzen nicht weiterbestehen, und Amerikaner und Franzosen müßten sich über eine neue Grenzziehung verständigen. Hierbei werde es zweifellos zu „sehr ernststen Meinungsverschiedenheiten“ kommen. Präsident Kell gab zu bedenken, daß selbst für den Fall, daß von deutscher Seite alles kläppte und eine Volksabstimmung über den Südweststaat im Herbst zustandekäme, immer noch die Alliierten das letzte Wort zu sprechen hätten.

Maier verteidigt seine Gnadendpraxis

Vor dem Prüfungsausschuß des Landtags

Stuttgart (UP). Der zur Überprüfung von Ministerpräsident Maier Gnadendpraxis bei Entnazifizierungsurteilen eingesetzte Ausschuß des württembergischen Landtags hörte den Ministerpräsidenten in eigener Sache. Maier erklärte, er halte nach wie vor an der Meinung fest, daß er das Recht habe, auf Vorschlag des Befreiungsministers über einzelne Begnadigungen frei zu entscheiden. Die Anwendung des Artikels 53 des Gesetzes (Überprüfung von Spruchkammerurteilen) habe sich durchaus in mäßigen Grenzen gehalten.

Volksentscheid in der Pfalz?

Eine Stimme aus Ludwigshafen

Ludwigshafen (ZSH). Der Ludwigshafener Bürgermeister Dr. Reichert trat für eine Neuordnung der Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz durch einen Volksentscheid ein. Er kündigte eine gesteigerte Tätigkeit des Vereins Kurpfalz an, der einen Zusammenschluß der pfälzischen Gebiete links und rechts des Rheins in einem noch zu bildenden größeren deutschen Bundesland anstrebt. Der Verein Kurpfalz wende sich gegen die bayerischen Bestrebungen, die Pfalz wieder dem Lande Bayern einzuverleihen.

Gelehrliches Spiel

Ludwigshafen a. Rh. Ein 15 Jahre alter Junge spielte mit einigen Schulkameraden in der vollständig ausgebombten Gutenbergerschule im 3. Stockwerk. Beim Überspringen eines fast 1 m breiten Loches rutschte der Junge ab und stürzte 3,50 m tief in das 2. Stockwerk, wo er in den Trümmerhaufen bewußlos liegen blieb. Mit schweren Verletzungen und Brüchen wurde er in das Krankenhaus eingeliefert.



„Für meine Gäste – die TEXAS“

sagt Barmixer HEINZ ANGER

Mit seinen modernen und eleganten Restaurationsräumen ist der zum Hotelschiff umgebaute Drei-Master SEUTE DEERN zu einer der Hauptattraktionen Hamburgs geworden. In der stimmungsvollen kleinen Bar unterhalten wir uns mit Barmixer Heinz Anger, während er uns eine Probe seines Spezial-Cocktails zusammenschüttelt. „Ein guter Barmann muß den Geschmack und die unausgesprochenen Wünsche seiner Gäste voraussehen. Das gilt für die Getränke, aber nicht minder für

die Zigarette, die nun mal zum guten Cocktail gehört: auch sie soll anregen, aber – gut bekommen. Deshalb empfehle ich meinen Gästen mit Vorliebe die Texas. Sie hat den vollen, süß-würzigen Virginia-Charakter der American Blend und bekommt dabei ausgezeichnet.“

AMERICAN BLEND

Packungen zu 5, 10 und 20 Stück



» Texas – eine Zigarette, die einem etwas sagt «